

# Antragsbuch



**73. Landeskongress**

**11. März 2023**

**HAUS MEISSEN**

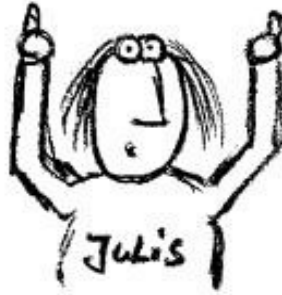
## Organisatorische Hinweise zum Landeskongress

1. Die Anträge findet ihr alle auch in OpenSlides, wo ihr sie während des Kongresses einsehen könnt. Wir werden keine gedruckten Antragsbücher vor Ort haben.
2. Dringlichkeitsanträge können bis zum Beginn des Kongresses gestellt werden und benötigen die Unterstützung von einem Kreisverband oder 10 Mitgliedern. Der Kongress muss jedoch vorab über die Dringlichkeit befinden (merke: das versäumen der Antragsfrist begründet noch keine Dringlichkeit!) Nur Sachanträge können dringlich sein.
3. Antragsberatung  
Anträge werden grundsätzlich in drei sogenannten Lesungen beraten – die Reihenfolge der zu beratenden Anträge legt Ihr im sog. Alex-Müller- Verfahren selbst fest:
  1. Lesung – hier findet eine Generaldebatte über den Antrag statt.
  2. Lesung – hier werden die eingereichten Änderungsanträge für jede Antragspassage der Reihenfolge nach (bezogen auf den Text des Ursprungsantrags) beraten und ggf. beschlossen.
  3. Lesung – hier findet die Endabstimmung über den ggf. durch Änderungsanträge geänderten Gesamtantrag statt.
4. Änderungsanträge  
Zu allen Anträgen könnt ihr Änderungen, Streichungen oder Ersetzungen schriftlich formulieren. Bitte benutzt hierzu OpenSlides oder reicht diesen beim Präsidium ein.
5. Teilnahme am Kongress (Richtiges Melden - ©JuLis Thüringen):
  - a. Wortmeldung  
Du möchtest dich zu einem Antrag zu Wort melden? Bitte melde dich mit einem Arm und achte darauf, dass das Präsidium Dich auch bemerkt:



### b. Geschäftsordnungsantrag

Ein sog. GO-Antrag beschäftigt sich mit dem Ablauf des Kongresses und ist nach Möglichkeit sofort aufzurufen. Denkbar sind Anträge auf: Redezeitbegrenzung. Sofortige Abstimmung, Schluss der Rednerliste, Übergang in die 3.Lesung etc. - hierfür melde dich bitte mit beiden Armen! Wird ein GO-Antrag nicht (formal) widersprochen gilt er als angenommen!



### c. Zwischenfrage

Willst du einem Redner eine Zwischenfrage (und zwar nur eine Frage) stellen, stehe bitte auf und führe deine Arme über deinem Kopf wie ein Dach zusammen. Das Präsidium wird den Redner bei Gelegenheit unterbrechen und fragen, ob er eine Zwischenfrage zulässt. Der Redner muss eine Zwischenfrage allerdings nicht zulassen!



# Antragsbuch

## Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
SÄA01	Umbenennung der Julia Sachsen Kreisverband Julis Chemnitz	3
SÄA02	Verbandsauflösung neu regeln Landesvorstand	4
GOÄ01	Alex-Müller-Verfahren bis zum Kongress ermöglichen Sebastian Mitte (KV Dresden)	5
LA01	Die Zukunft wartet nicht – Strukturwandel gestalten statt verwalten Landesvorstand	6
SA01	Lernen in Eigenverantwortung - Eigenverantwortung lernen LAK Programmatik, Sebastian Mitte (KV Dresden)	9
SA02	Kleine Geschenke von der Steuer befreien Robin Schaluschke (KV Leipzig)	10
SA03	Verpackungslizensierung vereinfachen Robin Schaluschke (KV Leipzig)	11
SA04	Home is where my house is - Deutschland fit für Tiny Houses und Co machen Kreisverband Julis Leipzig	12
SA05	Die Ehe braucht den Staat nicht Kreisverband Julis Leipzig	13
SA06	Väter haben ein Recht auf Transparenz Kreisverband Julis Leipzig	14
SA07	Digitalen Unterricht für jeden Schüler ab der 9. Klasse ermöglichen LAK Liberale Schüler	15
SA08	Highperformer fördern LAK Liberale Schüler	17
SA09	Kurssystem ab der 9. Klasse LAK Liberale Schüler	18
SA10	Nicht nur Theo ist fit - kostenloser Sport für jedermann! LAK Liberale Schüler	19
SA11	Noten raus aus der Schule, nachhaltige Bewertungen rein! LAK Liberale Schüler	20
SA12	Hochleistungen auch in Geographie ermöglichen! LAK Liberale Schüler	21
SA13	Endlich Fairness und Transparenz für staatliche Kaufanreize schaffen Arwed Zill (KV Chemnitz), Tim Suttner (KV Chemnitz), Marko Trautmann (KV Chemnitz)	23
SA14	Zug um Zug in die Zukunft Arwed Zill (KV Chemnitz), Raphael Roch (KV Chemnitz)	24

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
SA15	Chancengerechtigkeit vom Ursprung denken – Frühkindliche Betreuung Arwed Zill (KV Chemnitz)	26
SA16	Kein Geld für Freunde und Kultur!? -Förderung für bedürftige Kinder in der Freizeitgestaltung Tim Suttner (KV Chemnitz), Arwed Zill (KV Chemnitz)	27
SA17	Streichung des Beschlusses: „Einführung der Schulpflicht ab dem 5. Lebensjahr (33. JuliA-Landeskongress)“ Arwed Zill (KV Chemnitz), Nick Walter (KV Leipzig)	29
SA18	Plastikstrohalm zurück oder EU-Austritt! Max Wendling (KV Dresden)	30
SA19	Die Zivilgesellschaft muss unabhängig und frei bleiben Max Winkler (KV Leipzig)	31
SA20	Fair Play - auch in den Gastgeberländern Kreisverband JuliA Dresden, Sebastian Mitte (KV Dresden), Thomas Gebhardt (KV Dresden)	34
SA21	1 m² Kultur - Räume für die Zivilgesellschaft Kreisverband JuliA Dresden, Ferdinand Rath (KV Dresden)	35
SA22	Studier' doch, wie du willst - kostengerechte Bepreisung statt Fristenregelungen Kreisverband JuliA Dresden, Ferdinand Rath (KV Dresden)	37
SA23	Unsere Antwort auf das soziale Pflichtjahr Kreisverband JuliA Dresden, Eddie Friedrich (KV Dresden)	39
SA24	Eine Verhütungsrevolution auch in Deutschland! Landesvorstand	40
SA25	Kompetenz hat nichts mit dem Alter zu tun - Wahlrecht endlich an die Realitäten anpassen! Landesvorstand	41

## Antrag SÄA01: Umbenennung der Julia Sachsen

Antragsteller*in:	Kreisverband Julis Chemnitz
Antragsblock:	Satzungsänderungsanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- (1) **Name.** Der Verein führt den Namen ~~„Jungliberale Aktion Sachsen“~~ „Junge Liberale Sachsen“.
- (2) **Sitz.** Der Sitz des Vereins ist Dresden.
- (3) **Geschäftsjahr.** Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (4) **Bundesverband.** Der Landesverband der Jungliberalen Aktion Sachsen ist Untergliederung des Bundesverbandes der Jungen Liberalen e. V., Berlin.

Fortfolgend sollen alle Nennungen der „Jungliberale Aktion Sachsen“ (kurz „Julia Sachsen“) in „Junge Liberale Sachsen“ (Kurz „Julis Sachsen“) in der Satzung geändert werden.

### Begründung

Die Julia Sachsen ist der Einzige der 16 Landesverbände der Julis, welche den Titel Jungliberale Aktion trägt. Dem Einheitsgedanken des Verbandes ist dies nicht zuträglich. Auch im sächsischen Verband tragen zwei der drei Kreisverbände den bundeseinheitlichen Titel. Mit einem einheitlichen Branding hat man neben dem Wiedererkennungswert auch die Möglichkeit Werbemittel u.ä. über den allgemeinen Werbemittelshop zu beschaffen und spart sich so das kostspielige anpassen der Werbemittel auf „Julia“.

## Antrag SÄA02: Verbandsauflösung neu regeln

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Antragsblock:	Satzungsänderungsanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

(1) **Beschluss.** Die Auflösung des Landesverbandes bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln auf dem Landeskongress. Ein Antrag auf Auflösung muss den Mitgliedern sechs Wochen vor dem Landeskongress zugegangen sein.

(2) **Vermögen.** Das Vermögen des Landesverbandes fällt bei Auflösung an ~~die Wilhelm-Külz-Stiftung zur politischen Bildung junger Menschen.~~ den Bundesverband der Jungen Liberalen.

## Antrag GOÄ01: Alex-Müller-Verfahren bis zum Kongress ermöglichen

<b>Antragsteller*in:</b>	Sebastian Mitte (KV Dresden)
<b>Antragsblock:</b>	Geschäftsordnungsänderungsanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Streiche in §8 (Vorherige Bestimmung der Antragsreihenfolge) Abs. 1 den letzten Satz  
"Das Verfahren muss mindestens drei Tage vor Kongressbeginn beendet werden."

### **Begründung**

Mit dieser Änderung soll ermöglicht werden, dass Alex-Müller-Verfahren bis zum Landeskongress geöffnet zu lassen und so die gesamte Mitgliedschaft, aber im Besonderen die Teilnehmer des Landeskongresses vor Ort, über die Antragsreihenfolge abstimmen zu lassen.



## Antrag LA01: Die Zukunft wartet nicht – Strukturwandel gestalten statt verwalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Antragsblock:	Leitantrag

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

### 1 Präambel

2 Der Struktur- und Technologiewandel stellt insbesondere den ländlichen Raum in  
3 Sachsen vor erhebliche Herausforderungen. Trotz zahlreicher Förderprogramme sind  
4 Abwanderung und Überalterung in zahlreichen Städten und Landkreisen ein Problem. Die  
5 Zukunftsfähigkeit dieser Regionen hängt fundamental davon ab, ob es gelingt, wirksame  
6 Gegenmaßnahmen gegen diese Entwicklung zu ergreifen.

### 7 Wirtschaftliches Potenzial entfesseln

8 Die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen ist Grundbedingung für eine  
9 erfolgreiche Bewältigung der demographischen Herausforderungen. Die Jungliberale  
10 Aktion fordert

#### 11 VARIANTE A

12 *die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone für den ländlichen Raum in*  
13 *Ostdeutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung soll durch*

- 14 • *niedrigere Steuern*
- 15 • *vereinfachte Genehmigungsverfahren*

16 *unterstützt werden. Die Sonderwirtschaftszone wird benötigt, um einen echten*  
17 *Standortvorteil und international konkurrenzfähige Bedingungen für die Ansiedlung von*  
18 *Unternehmen zu schaffen.*

#### 19 VARIANTE B

20 *die Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren insbesondere im Bereich*  
21 *Bauen und der Gewerbeerteilung nach §34cGewO. Die Senkung und Vereinfachung*  
22 *relevanter Steuern, insbes. der Erbschafts- Grunderwerbs- Grund- und Gewerbesteuer*  
23 *ist zu prüfen. Bestehende Förderprogramme des Landes (z.B. durch die SAB) sind*  
24 *verstärkt auf den ländlichen Raum auszurichten. Die Einrichtung regionaler*  
25 *Sonderwirtschaftszonen lehnen wir ab.*

26 Die Ansiedlung und Gründung innovativer Unternehmen soll durch Einrichtung von  
27 Gründer- und Transferzentren in Zusammenarbeit mit den Hochschulen gefördert werden.  
28 Die Transferzentren dienen weiterhin der Vernetzung lokaler Arbeitgeber mit den  
29 Hochschulen, um Absolventen noch während ihrer Ausbildung über lokale Karrierechancen

30 zu unterrichten. Das Angebot an dualen Studiengängen an sächsischen Hochschulen ist  
31 auszubauen, um Fachkräfte bereits während der Ausbildung mit Arbeitgebern in der  
32 Region zu verbinden. Das Land Sachsen soll sich zudem verstärkt um die Ansiedlung  
33 außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden bemühen. Die  
34 Jungliberale Aktion bekennt sich zum Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -  
35 verstromung und zum Ausbau erneuerbarer Energien sowie der Kernenergie. Zur  
36 Abfederung wirtschaftlicher Härten ist eine Beschäftigungsgarantie für die  
37 Beschäftigten der Braunkohleindustrie bis 2038 vorzusehen, die vom Datum des  
38 tatsächlichen Ausstiegs aus der Braunkohleförderung und -verstromung unabhängig ist.

### 39 **Infrastrukturausbau**

40 Wirtschaftliche Entwicklung ist abhängig von leistungsfähiger Infrastruktur. Die  
41 Anbindung des ländlichen Raums an Grund-, Mittel- und Oberzentren ist entscheidend  
42 für seine Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort. Die Jungliberale Aktion Sachsen  
43 fordert daher den umfassenden Ausbau des ÖPNV in Sachsen. Die Leistungsfähigkeit des  
44 schienengebundenen ÖPNV ist zu steigern. Dazu sollen insbesondere Strecken, die der  
45 Anbindung und Verbindung von Ober- und Mittelzentren dienen, elektrifiziert und  
46 ausgebaut werden. Die Reaktivierung stillgelegter Strecken ist zu prüfen. Die  
47 Fahrzeugausstattung soll folgenden Mindeststandards genügen: Fahrzeuge sind mit WLAN  
48 und Klimaanlage auszustatten. Barrierefreiheit, sowohl in Fahrzeugen als auch  
49 Haltepunkten, ist sicherzustellen. Das Fahrzeugangebot ist so zu dimensionieren, dass  
50 selbst während der Hauptverkehrszeiten ein Sitzplatz für jeden Reisenden, der sich  
51 länger als 20 Minuten in einem Fahrzeug aufhält, zur Verfügung steht. Sitzplätze sind  
52 mit Tischen und Steckdosen auszustatten, die die Arbeit an einem Laptop-Computer oder  
53 Tablet erlauben. Für den straßengebundenen ÖPNV sind, sofern möglich, ähnliche  
54 Qualitätsstandards sicherzustellen. Es ist ein nach Einwohnerzahl gestaffeltes  
55 Konzept für eine Mindestanbindung an den ÖPNV zu erstellen, das eine Mindestzahl an  
56 Abfahrten pro Tag für jeden Ort verbindlich festschreibt. Die Erreichbarkeit ist  
57 dabei grundsätzlich ganzjährig von 4:00 bis 24:00 zu gewährleisten. In  
58 nachfrageschwachen Zeiten und an Orten mit geringem Verkehrsbedarf können dabei  
59 bedarfsabhängige Halte und Verkehrsangebote eingerichtet werden, sofern ihre Nutzung  
60 mit vertretbarem zeitlichem Vorlauf möglich ist. Orte, für die eine solche Anbindung  
61 an den öffentlichen Verkehr nicht sinnvoll ist, sind an das überregionale Radwegnetz  
62 anzuschließen. Die Radwege sind ganzjährig befahrbar zu halten und so auszulegen,  
63 dass sie auch von Krankenfahrstühlen genutzt werden können. Das Straßennetz ist  
64 bedarfsgerecht auszubauen. Bei der Planung des Ausbaubedarfs sind zusätzlich die  
65 Anforderungen, die sich aus dem geplanten Ausbau der Wind- und Solarenergie ergeben  
66 zu berücksichtigen. Auf Parkplätzen, die zu öffentlichen Einrichtungen gehören, sind  
67 Ladestationen für Elektrofahrzeuge einzurichten. Der Ausbau der Versorgung mit  
68 Breitbandinternet ist zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit ländlicher Unternehmen und  
69 zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum intensiv voranzutreiben. Zur  
70 Sicherung der Versorgung mit ärztlichen Dienstleistungen ist ein Netzwerk für  
71 Praxisnachfolge einzurichten. Die Lehrerausbildung ist neben den Universitäten in  
72 Chemnitz, Leipzig und Dresden an weiteren Hochschulen, außerhalb dieser Städte,

73 einzurichten. Um Lehrkräfte zur Berufsausübung im ländlichen Raum zu ermutigen, soll  
74 ein Stipendienprogramm eingerichtet werden.

### 75 **Mehr Demokratie vor Ort**

76 Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist von einer starken Bürokratisierung und  
77 Zentralisierung politischer Entscheidungen geprägt. Entscheidungen sind so für Bürger  
78 immer schlechter nachvollziehbar und bereiten so den Nährboden für politischen  
79 Extremismus. Dieser Entwicklung wollen wir entgegenwirken. Behörden sollen wieder  
80 verstärkt in der Fläche präsent sein. Die Zusammenziehung von Personalbeständen  
81 reduziert den Verwaltungsaufwand nicht. Die Regierungsbezirke sollen  
82 wiederhergestellt werden und die Verantwortlichkeiten von Landesbehörden sowie des  
83 Staatsministeriums für Regionale Entwicklung wahrnehmen. So sollen Entscheidungen  
84 näher am Bürger getroffen und gleichzeitig ein „One-Stop-Shop“ für zahlreiche  
85 Verwaltungsverfahren geschaffen werden. In allen Landkreisen sind dauerhaft  
86 Jugendparlamente und offene Bürgerforen einzurichten. Das Verfahren für  
87 Bürgeranliegen auf soll so auf Landes- und Kreis- und Gemeindeebene um eine zweite  
88 Schiene ergänzt werden:

89 Jugendparlamente und offene Bürgerforen erhalten das Recht, eigenständig Initiativen  
90 zu entwickeln. In einer zweiten Stufe werden diese von einem Bürgerrat beraten und  
91 ergänzt. Der Bürgerrat besteht zur Hälfte aus Sachverständigen und sachkundigen  
92 Bürgern und wird von der örtlichen Volksvertretung ernannt. Die Beratung im Bürgerrat  
93 ersetzt bei diesem Verfahren die notwendige Unterschriftensammlung nach §§22, 23  
94 SächsGemO. Vom Bürgerrat bearbeitete Initiativvorschläge werden in das zuständige  
95 Parlament eingebracht und dort beraten. Bei der Abstimmung haben die Ersteller des  
96 Vorschlags (Bürgerforen, Jugendparlamente) beratendes Stimmrecht.

## Antrag SA01: Lernen in Eigenverantwortung - Eigenverantwortung lernen

Antragsteller*in:	LAK Programmatik, Sebastian Mitte (KV Dresden)
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Während der Corona-Pandemie und dem damit einhergehenden Fernunterricht haben sowohl
- 2 Schüler als auch Lehrer Erfahrungen mit dem Lernen und Lehren aus der Ferne gemacht.
- 3 Diese Erkenntnisse sollten nun nicht in der Schublade verschwinden, sondern Eingang
- 4 in den Schulalltag finden.
- 5 Wir fordern deshalb die Vorbereitung und Einführung von wöchentlichen selbstständigen
- 6 Lerntagen in der Sekundarstufe II an Gymnasien. Dabei sollen die Schulen verpflichtet
- 7 werden, Schülern das Angebot zu machen, sich einen Tag pro Woche, ähnlich dem
- 8 Fernunterricht, anhand von Aufgaben und Material eigenständig neue Lehrplaninhalte
- 9 (vordergründig in den Leistungskursfächern) zu erarbeiten. Für Schüler, die zu Hause
- 10 keine ausreichende Möglichkeit haben, ungestört zu lernen müssen in den Schulen
- 11 geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.
- 12 So kann jeder Schüler sein geeignetes Lerntempo selbst finden und bei Bedarf
- 13 zusätzliche Recherche zu den Inhalten betreiben. Durch die inhaltliche Begleitung und
- 14 Überprüfung im Unterricht werden die Schüler an das selbstständige Lernen an den
- 15 Universitäten herangeführt.

## Antrag SA02: Kleine Geschenke von der Steuer befreien

<b>Antragsteller*in:</b>	Robin Schaluschke (KV Leipzig)
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Die steuerliche Behandlung von Geschenken an Kunden und Geschäftspartner soll
- 2 vereinfacht werden. Hierdurch wird Bürokratie abgebaut und Betriebe werden entlastet.
- 3 Die Jungen Liberalen Sachsen fordern: Geschenke bis 35 € pro Einheit an Kunden und
- 4 Geschäftspartner sollen bei diesen nicht als Einnahmen gelten. Folglich entfällt
- 5 hierfür auch die Pauschalversteuerung beim Schenker. Im Gegenzug sollen die Kosten
- 6 der Geschenke beim Schenker nicht mehr als Betriebsausgabe abzugsfähig sein. Damit
- 7 entfällt auch die Prüfung der Einhaltung der Freigrenze, da bisher nach Geschenken
- 8 von über und unter 35 € pro Empfänger pro Jahr unterschieden wird. Aufwendungen für
- 9 Streuartikel bis 15 € pro Stück, die einen Werbezweck haben, sollen gesetzlich
- 10 explizit davon ausgenommen werden und nicht als Geschenke angesehen werden, um die
- 11 steuerliche Abzugsfähigkeit dieser Werbemaßnahmen zu erhalten.

## Antrag SA03: Verpackungslizensierung vereinfachen

Antragsteller*in:	Robin Schaluschke (KV Leipzig)
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Deutschlands Verpackungsgesetz ist zu bürokratisch. Unternehmen, die in Deutschland
- 2 Produkte verkaufen, dessen Verpackungen später im Müll landen, müssen sich
- 3 prinzipiell bereits ab der ersten Verpackung bei einem Mitglied des Dualen Systems
- 4 (bspw. Grüner Punkt) und der Zentralen Stelle Verpackungsregister (ZSVR) registrieren
- 5 und in der Regel jährlich Mengenmeldungen abgeben sowie das
- 6 Abfallwirtschaftsunternehmen auf Grundlage dieser Mengen bezahlen, bei welchem sie
- 7 sich für die Lizenzierung ihrer Verpackungen registriert haben. In der Gastronomie
- 8 gibt es die Möglichkeit, dass die Verpackungslieferanten die Verantwortung für die
- 9 Verpackungslizensierung übernehmen können. Dennoch müssen sich die Gastronomen selbst
  
- 10 auch beim ZSVR registrieren, um die Verpackungen für Speisen zum Mitnehmen,
- 11 sogenannte Serviceverpackungen, ausgeben zu dürfen.
  
- 12 Die Jungen Liberalen Sachsen fordern, hier für Vereinfachungen zu sorgen, die nicht
- 13 zu Lasten des Recyclings und der Umwelt gehen. Es sollten Inverkehrbringer von
- 14 Verpackungen, die jährlich Verpackungen mit einem Gesamtgewicht von weniger als
- 15 15.000 Kilogramm in Verkehr bringen, von den Mengenmeldungen bei der ZSVR befreit
- 16 werden. Die Vergütung der Abfallwirtschaftsunternehmen soll in diesen Fällen
- 17 unabhängig von den tatsächlichen Verpackungsmaterialien durch eine von diesen
- 18 bestimmte Pauschale erfolgen können. Verwender von Serviceverpackungen (Tüten,
- 19 Tragetaschen, Coffee-to-go-Bechern etc.) sollen von der Registrierungspflicht bei der
- 20 ZSVR ausgenommen werden, sofern der Lizenzierungsprozess von allen ausgegebenen
- 21 Verpackungen an den Lieferanten übertragen wurde.

### Begründung

Gerade für kleine Unternehmen mit wenig Ressourcen ist es aufwendig das Gewicht der Verpackungen ihrer verkauften Produkte zu ermitteln und auch nicht verhältnismäßig, da es nur um geringe Mengen geht. In einigen Ländern der EU gibt es für diese Fälle Bagatellgrenzen. In Deutschland sollte es das auch geben.

## Antrag SA04: Home is where my house is - Deutschland fit für Tiny Houses und Co machen

Antragsteller*in:	Kreisverband Julis Leipzig
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Die Julia Sachsen fordert, dass für Tiny Houses und ähnliche Ansätze mobilen Wohnens,
- 2 die keine Bodenversiegelung benötigen, künftig keine Baugenehmigung erfolgen muss. Es
- 3 soll auf eigenem Grund, der nicht aktiv landwirtschaftlich genutzt wird und nicht
- 4 unter besonderem Umwelt/Natur-schutz steht, mit möglichst geringen Hürden mobile,
- 5 wenig invasive Wohnungen abgestellt werden dürfen.

### Begründung

Für viele Menschen besteht die persönliche Wunschvorstellung für das Wohnen nicht mehr im Massivhaus oder in einer Etagenwohnung, sondern im Van oder Tiny House. Die Stromschnellen der deutschen Verwaltung machen dem jedoch einen Strich durch die Rechnung. Im ersten Schritt sollen daher die Hürden im Baurecht für immobile Wohnungen reduziert werden. Für ein Tinyhouse ergibt es keinen Sinn, teuren Baugrund zu beanspruchen, gerade weil in dem Lebensstil auch Ortswechsel vorgesehen sind. Immobiles Wohnen birgt auch Potentiale zur Senkung von Wohnraummangel.

## Antrag SA05: Die Ehe braucht den Staat nicht

<b>Antragsteller*in:</b>	Kreisverband Julis Leipzig
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine Privatisierung der Ehe, ohne staatliche Einwirkung in das
- 2 Vertragsverhältnis. Dafür gibt es zwei relevante Gründe: Spätestens mit der Öffnung
- 3 der Ehe ("Ehe für alle") hat sich der Staat von der ursprünglichen christlichen
- 4 Ehevorstellung verabschiedet. Anstatt nun zu versuchen, alle verschiedenen
- 5 Lebensweisen in ein staatliches Ehekonstrukt hinein-zwängen zu wollen, wollen wir
- 6 Individualität zulassen, um die vielfältigen Konstrukte der modernen Familie Raum zur
- 7 Entfaltung zu geben. Auf der anderen Seite ist die derzeitige Konstruktion der Ehe,
- 8 mit dem Staat als dritten Partner, vertragsrechtlich äußerst fragwürdig.
- 9 Die Beteiligung des Staates führt zu der Situation, dass der Vertrag zwischen zwei
- 10 Privatpersonen durch dritte angepasst werden kann, ohne das eine Partei vom
- 11 herkömmlichen Sonderkündigungsrecht gebrauch machen könnte. Ein zuerst als
- 12 ausgeglichenes Verhältnis kann so in einen Vertrag zu Ungunsten einer Partei kippen
- 13 und damit unzumutbar werden.
- 14 Selbst in dem Fall, in dem ein zusätzlicher Ehevertrag abgeschlossen wurde kann
- 15 dieser nachträglich durch den Staat invalidiert werden. Insgesamt würde sich
- 16 hierdurch nicht viel ändern. Der standard Ehevertrag würde schlicht der derzeitigen
- 17 staatlichen Gesetzgebung entsprechen. Die Durchsetzung des Vertrags geschieht immer
- 18 noch über die Zivilgerichte. Derzeitige Institutionen können genauso erhalten
- 19 bleiben.
- 20 Das Ehegattensplitting etwa, wird nun durch die vertragliche Zusammenlegung der
- 21 Einkommen er-reicht (Zugewinnngemeinschaft).
- 22 Der im Grundgesetz aufgeführte besondere Schutz der Ehe muss damit auch nicht
- 23 verschwinden. So könnte der Staat beim schließen der Ehe rechtliche Beratungen
- 24 anbieten und bei Streitigkeiten er-weiterte Prozesskostenhilfe.



## Antrag SA06: Väter haben ein Recht auf Transparenz

<b>Antragsteller*in:</b>	Kreisverband Julis Leipzig
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Vermeintliche Väter sollen nach der Geburt der Kinder Vaterschaftstests ohne das
- 2 Einverständnis der Mütter durchführen können.

## Antrag SA07: Digitalen Unterricht für jeden Schüler ab der 9. Klasse ermöglichen

Antragsteller*in:	LAK Liberale Schüler
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Die Welt wird immer digitaler.
- 2 Länder wie Dänemark haben schon vor 20 Jahren die Modernisierung der Bildung durch  
3 staatliche Maßnahmen vorangetrieben. Demgegenüber hat Deutschland erst Mitte 2019  
4 begonnen, flächendeckend in die Digitalisierung der Bildung zu investieren. Der von  
5 der Bundesregierung und den Bundesländern geschlossene „DigitalPakt Schule 2.0“ soll  
6 6,5 Milliarden Euro bereitstellen, um in das marode Bildungssystem investieren zu  
7 können.
- 8 Sachsen stehen laut Digitalpakt knapp 324 Millionen Euro zu. Der Freistaat hat bisher  
9 99,9 Prozent (Quelle MDR) seines Budgets an die Schulen verteilt. Trotzdem berichten  
10 Lehrer immer wieder von Problemen und fehlender technischer Infrastruktur.
- 11 Diese sind hingegen, um die Grundlagen des digitalen Lebens in der Schule zu  
12 vermitteln, unverzichtbar. Die Aufgabenstellungen, mit denen sich ein Schüler  
13 konfrontiert sieht, werden mit fortschreitender Schulzeit zunehmend komplexer. Dabei  
14 ist vor allem bei unübersichtlich scheinenden, schwer verständlichen Themenbereichen  
15 eine anschauliche Modellierung hilfreich. Trotz dieser Vorteile integrieren noch zu  
16 wenig Lehrer multimediale Elemente in ihren Unterricht. Jedoch würde dies die  
17 Lernbereitschaft der Schüler und das Interesse am Wissenserwerb nachweislich fördern.
- 18 Besonders in den oberen Klassenstufen wird eine Bildschirmpräsentation bei  
19 Schülerreferaten sowie eine zusätzliche Aufbereitung des Lernstoffs als digitales  
20 Handout vorausgesetzt. Diese können oft nur vor Ort mittels eines Computers in  
21 Computerkabinetten oder eines Tablets in der Schule erstellt werden.
- 22 Schüler, die über ein eigens erworbenes Endgerät verfügen, haben folglich einen  
23 entscheidenden Vorteil gegenüber den Schülern, die keins besitzen und ausschließlich  
24 über die Ressourcen in der Schule verfügen.
- 25
- 26 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert daher, dass die Sächsische Staatsregierung  
27 ein zusätzliches Förderungsprogramm für mobile Endgeräte ab der 9. Klasse in die Wege  
28 leitet, sodass:
  - 29 1. Jeder Schüler ab der 9. Klasse und jeder Lehrer ab Sekundarstufe I unabhängig  
30 der Schulart einen Zugang zu einem Tablet mit Stift erhält, welches dann, bei  
31 der Nutzung eines Tablets, verpflichtend ist. Der Kauf und die Abgabe der  
32 Tablets an die Schulen abschnittsweise vonstattengeht, sodass je Schuljahr eine  
33 betreffende Klassenstufe diese erhält, bis alle Schülerinnen und Schüler ab der

- 34 9. Klasse über ein digitales Endgerät verfügen. Die Schüler sollen die Endgeräte  
35 auch außerhalb der Schulzeit nutzen dürfen, um sich somit auf den Unterricht  
36 besser vorbereiten zu können.
- 37 2. Ein einheitliches Angebot zur Erweiterung der digitalen Hilfsmittel geschaffen  
38 wird, sodass die Ressourcen bei Bedarf alle 5 Jahre gewechselt werden können und  
39 die Möglichkeit besteht, weitere Hardware wie beispielsweise Tastaturen und  
40 Mäuse zu erwerben.

## Antrag SA08: Highperformer fördern

Antragsteller*in:	LAK Liberale Schüler
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Bildung ist das Fundament für einen funktionierenden und wohlhabenden Staat. Eine  
2 gute Bildung sollte für jedermann zugänglich sein und jeder sollte die Möglichkeiten  
3 haben, seine Talente zu erkennen, seine Talente zu nutzen, an seinen Schwächen zu  
4 arbeiten und diese zu verbessern. Bildung ist nicht nur das Fundament eines  
5 funktionierenden Staates, Bildung ist das Fundament für die individuelle  
6 Lebensgeschichte eines jeden Menschen. Gute Bildung heißt Förderung und Betreuung. Es  
7 ist wichtig, perfekt ausgebildete Lehrkräfte an seiner Seite zu haben, die Schwächen  
8 erkennen können, um dem Schüler bestmöglich zur Seite stehen zu können. In  
9 diametraler Richtung sollte es aber genauso funktionieren. Nicht nur bei Schwächen  
10 sind Lehrkräfte essentiell, sondern auch bei der Förderung von Begabung, respektive  
11 Hochbegabung. Dieses Thema wird in den aktuellen bildungspolitischen Debatten  
12 marginal behandelt. Für die Betroffenen ist dies desaströs. Aktuell wird die Thematik  
13 "Hochbegabung" im Lehramtsstudium kaum behandelt und auch bei Fortbildungen für  
14 Lehrkräfte kommt dieses Thema nicht zur ausreichenden Geltung. Laut einer Umfrage der  
15 Universität Flensburg aus dem Jahr 2021, besitzen Lehramtsstudenten einen sehr  
16 eindimensionalen Blick auf das Thema. Lehrkräfte wissen in solchen Situationen nicht,  
17 wie man zu handeln hat. Außerdem bemängeln beide Befragungsgruppen die fehlende  
18 Behandlung dieser Thematik. Bei dem „differenzierten Konzept der Förderung begabter  
19 und hochbegabter Schülerinnen und Schüler“, der Landesregierung des Freistaates  
20 Sachsen, wird auf die speziell dafür ausgelegten Schulen in Sachsen verwiesen. Doch  
21 in der Realität gibt es nur eine herausragende Schule mit besonderen Möglichkeiten  
22 für hochbegabte Schülerinnen und Schülern im Freistaat: das "Landesgymnasium Sankt  
23 Afra zu Meißen". Dieses ist auch noch kostenpflichtig. Das ist eindeutig zu wenig.
- 24 Daher fordert die Jungliberale Aktion Sachsen:
- 25 1. eine Implementierung des Themas „Hochbegabung“ bei Fortbildungen für  
26 Lehrkräfte.
  - 27 2. eine vertiefte Fortbildung für Schulpsychologen, Vertrauenslehrer und  
28 Schulsozialarbeiter, um eine optimale Beratung des Schülers und dessen Eltern zu  
29 ermöglichen.
  - 30 3. die Gründung von zwei weiteren staatlichen Schulen nach Vorbild des  
31 "Landesgymnasiums Sankt Afra zu Meißen". Eine dieser Schulen soll in der Region  
32 Chemnitz und eine in der Region Leipzig in das Leben gerufen werden.

## Antrag SA09: Kurssystem ab der 9. Klasse

Antragsteller*in:	LAK Liberale Schüler
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 In der aktuellen Schulpraxis sind Schüler verpflichtet, bestimmte Fächer zu belegen,
- 2 auch wenn diese Schwierigkeiten bereiten oder kein Interesse besteht. Am Gymnasium
- 3 wird dies in der Sekundarstufe II durch das Kurssystem behoben. Hier können Schüler
- 4 sich auf ihre Interessen fokussieren, indem sie Leistungskurse in den Fächern ihrer
- 5 Wahl belegen und die Stundenanzahl von Fächern verringern, die nicht ihren Stärken
- 6 und Interessen entsprechen.
- 7 Das Problem besteht darin, dass es in der Regel aufgrund von unterschiedlichen
- 8 Interessen keine Schüler gibt, die eine gleichmäßige Leidenschaft für alle Fächer
- 9 besitzen. Schüler besitzen eher Präferenzen für bestimmte Fächer und Abneigungen
- 10 gegenüber anderen.
- 11 Die Julia Sachsen fordert daher die Einführung eines Kurssystems an sächsischen
- 12 Schulen mit Wahlmöglichkeiten ab der 9. Klasse. Dies soll am Vorbild der
- 13 Sekundarstufe zwei passieren. Für die betragsmäßig wenigeren Stunden soll eine
- 14 zusätzliche Fokussetzung, wie beim Leistungskurs, in einem vom Schüler gewählten Fach
- 15 erfolgen.

## Antrag SA10: Nicht nur Theo ist fit - kostenloser Sport für jedermann!

Antragsteller*in:	LAK Liberale Schüler
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Schulen sind im Freistaat Sachsen nicht verpflichtet, sportliche Angebote nach dem
- 2 Unterrichtsschluss für Schüler und Schülerinnen anzubieten. Einige Schulen
- 3 entscheiden sich trotzdem bewusst für ein solches Angebot. In der Regel zeigt es
- 4 sich, dass sportliche Angebote gut angenommen werden und den Zusammenhalt zwischen
- 5 den Schülern sowie deren Verbundenheit mit der Schule stärken.
- 6 Wir finden es problematisch, dass Angebote in dem essentiellen Bereich des Sports
- 7 nicht für jede Schülerin bzw. jedem Schüler in einem angemessenen Maße bzw. überhaupt
- 8 zur Verfügung stehen. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar, deshalb ist nach unserer
- 9 Auffassung eine gesetzliche Verankerung notwendig.
- 10 Daher fordert die Jungliberale Aktion Sachsen:
- 11 1. Schulen sollen verpflichtet werden, dass sie nachmittags Schulsport nach
- 12 amerikanischem Vorbild anbieten.
- 13 • Schulen sollen verpflichtet werden, eine Sportart nachmittags und mindestens
- 14 einmal pro Woche - idealerweise häufiger - anzubieten.
- 15 • Bei der Umsetzung kann der interne Sportlehrer eingesetzt werden, der dafür eine
- 16 Ausgleichszahlung wegen des zusätzlichen Zeitaufwandes erhält. Auf der anderen
- 17 Seite soll es möglich sein, einen externen Sportlehrer oder einen ausgebildeten
- 18 Trainer in diesem Sport für diese Stunde einzusetzen.
- 19 • Die Höhe der Aufwandszahlung soll vom Kultusministerium des Freistaates Sachsen
- 20 festgelegt werden
- 21 Diese Sportangebote sind für die Schülerinnen und Schüler in der Form von
- 22 Arbeitsgemeinschaften kostenlos.

## Antrag SA11: Noten raus aus der Schule, nachhaltige Bewertungen rein!

Antragsteller*in:	LAK Liberale Schüler
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Unsere Position ist, dass Schulnoten den Schülerinnen und Schülern schaden.
- 2 Wir streben in Sachsen ein modernes Bildungssystem an. Von einem modernen System ist
- 3 bei unserem Bildungssystem aber nicht zu sprechen - damit ist noch nicht die fehlende
- 4 Digitalisierung gemeint. Notengebung und Frontalunterricht in seiner heutigen Form
- 5 gibt es seit dem Preußischen Königreich, also seit weit über 100 Jahren. Auch wenn
- 6 sich Methoden ändern, ist der grundlegende Aufbau seit dieser Zeit gleichgeblieben.
- 7 Es wird endlich Zeit, das mit wissenschaftlich evaluierten Daten zu beenden und den
- 8 Weg zu einem wirklich „modernen und funktionalen Bildungssystem“ zu ebnen.
- 9 Die Notengebung steht dabei sinnbildlich für den Zustand unseres Bildungssystems. Wir
- 10 finden, dass dieser Zustand nicht haltbar ist und wir diesen schleunigst ändern
- 11 müssen!
- 12 Daher fordern wir:
  - 13 • Es soll bis einschließlich der 3. Klasse keine Noten an sächsischen Schulen
  - 14 vergeben werden.
  - 15 • In Schulen im Freistaat soll auf das Erreichen von spezifischen Lernzielen der
  - 16 Fokus gelegt werden.
  - 17 • Mündliche-, schriftliche Leistungskontrollen, Klassenarbeiten und anderen
  - 18 Leistungserhebungen sollen weiterhin stattfinden. Diese sollen so bewertet
  - 19 werden, dass bei jeder Arbeit die Schüler vom Lehrer eine erreichte Punktezahl
  - 20 mitgeteilt bekommt. Zusätzlich soll es ein kurzes, konstruktives Feedback zur
  - 21 erbrachten Leistung geben.
  - 22 • Zum Ende eines jeden Halbjahres sollen alle Schüler eine schriftliche
  - 23 Rückmeldung zu den im Halbjahr erlernten Fachkompetenzen, wobei diese mit dem
  - 24 Erwartungshorizont abgeglichen werden. Dabei soll besonders auf die Entwicklung
  - 25 der Schüler eingegangen werden und auch die Mitwirkung am Unterricht beachtet
  - 26 werden.

## Antrag SA12: Hochleistungen auch in Geographie ermöglichen!

Antragsteller*in:	LAK Liberale Schüler
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Die Leistungskurse der Sekundarstufe II in Sachsen sollen das Wissen der Schülerinnen
- 2 und Schüler in spezifischen Fächern mit fünf Wochenstunden großflächig ausbauen und
- 3 somit dem Schüler entsprechend seiner Interessen, für den anvisierten nachschulischen
- 4 Weg gut rüsten. Man kann vielfältige Fächer von Physik bis Kunst wählen, nur
- 5 Geographie bleibt einem verborgen.
- 6 Aktuelle geographisch und geowissenschaftlich relevante Phänomene und Prozesse, wie
- 7 z. B. Globalisierung, Klimawandel, Erdbeben, Hochwasser und Stürme, aber auch
- 8 Bevölkerungsentwicklung, Migration, Disparitäten und Ressourcenkonflikte, prägen
- 9 unser Leben und unsere Gesellschaft auf dem Planeten Erde in vielen Bereichen.
- 10 Der Umgang mit diesen komplexen Entwicklungen erfordert eine Anpassung bisheriger
- 11 Verhaltensweisen und Handlungsstrategien auf der Grundlage von fundiertem Sachwissen,
- 12 Urteilsfähigkeit sowie Problemlösungskompetenz, z. B. in den Bereichen Umweltschutz,
- 13 Risikovorsorge, Stadt- und Raumplanung, Wasserversorgung, wirtschaftliche Entwicklung
- 14 und entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Weil die genannten Prozesse ihre Dynamik
- 15 aus den Wechselwirkungen zwischen naturgeographischen Gegebenheiten und menschlichen
- 16 Aktivitäten erhalten, können diese Qualifikationen insbesondere durch eine
- 17 Verknüpfung von naturwissenschaftlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Bildung
- 18 aufgebaut werden. Gerade hier besitzt die Geographie ihr besonderes fachliches
- 19 Potential.
- 20 Naturwissenschaftliche Bildung macht natürliche Phänomene erfahrbar und verstehbar;
- 21 sie setzt sich zugleich mit den spezifischen Methoden naturwissenschaftlicher
- 22 Erkenntnisgewinnung und deren Grenzen auseinander. Gesellschaftswissenschaftliche
- 23 Bildung ermöglicht das Verständnis sozialer, politischer und wirtschaftlicher
- 24 Ereignisse, Strukturen und Prozesse; sie umfasst auch die Beschäftigung mit
- 25 gesellschaftswissenschaftlichen Methoden. Der spezielle Beitrag des Faches Geographie
- 26 zur Welterschließung liegt in der Auseinandersetzung mit den Wechselbeziehungen
- 27 zwischen Natur und Gesellschaft in Räumen verschiedener Art und Größe. Damit ist es
- 28 zum einen das Schulfach, das sich zentral mit der Kategorie Raum beschäftigt, zum
- 29 anderen verbindet es natur- und gesellschaftswissenschaftliches Wissen und ist somit
- 30 Brückenfach zwischen diesen Wissenschafts- und Bildungsbereichen und ermöglicht den
- 31 Schülerinnen und Schülern eine interdisziplinäre Bildung. [vgl. Deutsche Gesellschaft
- 32 für Geographie: Bildungsstandards im Fach Geographie, 2014 Bonn]
- 33 Daher fordert die Jungliberale Aktion Sachsen, dass die Schulordnung Gymnasien
- 34 Abiturprüfung § 39 dahingehend geändert wird, dass Schüler an sächsischen Schulen den



35 Leistungskurs Geographie belegen können.

## Antrag SA13: Endlich Fairness und Transparenz für staatliche Kaufanreize schaffen

<b>Antragsteller*in:</b>	Arwed Zill (KV Chemnitz), Tim Suttner (KV Chemnitz), Marko Trautmann (KV Chemnitz)
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Einleitung: Wir als Liberale haben uns der Entbürokratisierung und Digitalisierung
- 2 verpflichtet. Bei aktuellen staatliche Förderung, wie für Elektrofahrzeuge, ist der
- 3 verfügbare Fördertopf intransparent und sollte dementsprechend überarbeitet werden.
- 4 Nach der aktuellen Förderrichtlinie kann, in dem o.g. Beispiel die Förderprämie erst
- 5 beantragt werden, wenn das Fahrzeug zugelassen wurde. Aufgrund langer Lieferzeiten
- 6 ist die Höhe des aktuellen Fördertopfes unübersichtlich und für den Bürger
- 7 unübersichtlich. Dies hat auch zur folge, dass ein bestelltes Fahrzeug erst dann
- 8 geliefert und zugelassen wird, wenn der Fördertopf bereits erschöpft ist. Der
- 9 Verbraucher bleibt in diesem Fall auf den Kosten sitzen. Diese Vorgehensweise ist
- 10 typisch für staatliche Subventionen in Deutschland.
- 11 Forderungen:
- 12 Darum fordern wir transparente Fördertöpfe, welche online jederzeit Einsicht auf die
- 13 noch verfügbare Fördermenge ermöglichen.
- 14 Dies setzt voraus, dass die Fördersumme schon zum Zeitpunkt der Bestellung zu
- 15 reservieren ist.
- 16 Je nach Branche fordern wir eine Reservierungszeit von mindestens 12 Monaten und eine
- 17 mögliche Verlängerung von 6 Monaten nach erbringen eines Nachweises über die
- 18 verzögerte Lieferung des Produktes.

## Antrag SA14: Zug um Zug in die Zukunft

Antragsteller*in:	Arwed Zill (KV Chemnitz), Raphael Roch (KV Chemnitz)
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

1 Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich als Eigentümer der Deutschen Bahn AG zum  
2 Güterverkehr auf der Schiene. Hierzu soll ein Maßnahmenpaket umgesetzt werden, um den  
3 Anteil der Schiene am Güterverkehr auf 50 % bis 2035 zu erhöhen. Durch die  
4 Privatisierung der Unternehmensbereiche von DB-Fernverkehr, DB-Regio und DB-Cargo  
5 soll das Maßnahmenpaket finanziert werden.

6 Folgende Maßnahmen sollen umgesetzt werden:

- 7 • Der Ausbau des Schienennetzes muss ausgebaut werden. Bestehende Strecken, welche  
8 keine „Sackgassen“ sind, müssen mindestens Zweigleisig ausgebaut werden.  
9 Bahnstrecken mit Personenfernverkehr müssen Viergleisig ausgebaut werden. In  
10 regelmäßigen Abständen müssen Überhohlstellen eingerichtet werden, an denen  
11 Personenzüge an langsamer fahrenden Güterzügen vorbeifahren können. Beim Ausbau  
12 des Schienennetzes ist die flächendeckende Elektrifizierung inkludiert.  
13 Klassische mechanische Stellwerke werden außer Betrieb genommen und durch  
14 computergesteuerte Stellwerke und Weichen ersetzt.
- 15 • Das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz wird mit sofortiger Wirkung außer Kraft  
16 gesetzt. Stattdessen soll bei der Planung das zuvor verwendete Verfahren  
17 angewandt werden bzw. ein noch vereinfachtes und schneller ablaufendes Verfahren  
18 stattdessen eingesetzt werden.
- 19 • Es werden Güterumschlagszentren errichtet, diese dienen zum schnellen Umschlag  
20 von Containern und Schüttgut. Bisherige Güterbahnhöfe werden modernisiert, um  
21 die Leistungsfähigkeit der umgeschlagenen Tonnage bis 2035 zu verdreifachen. Der  
22 Umschlag zwischen Straße und Schiene, sowie Schiff und Schiene muss schnell,  
23 effizient und Nahtlos sein. Kein Gut soll länger als 12 Stunden in dem  
24 Güterumschlagszentrum verbringen, bevor der Zug das Gut weitertransportiert.
- 25 • Güterverkehr, welcher Deutschland als reines Transitland nutzt, soll motiviert  
26 werden von der Straße auf die Schiene zu wechseln. Hierzu soll an den  
27 Grenzbahnhöfen Verladeterminals eingerichtet werden, welche LKWs mit Auflieger,  
28 Auflieger oder Kofferwechselbrücken aufnehmen können. Nach dem Beispiel unserer  
29 Nachbarländer Österreich oder Schweiz soll ein grenzübergreifendes Netz der  
30 Rollenden Landstraße errichtet werden. Auch im Land sollen entsprechende  
31 Terminals eingerichtet werden.
- 32 • Die Priorisierung des Personenverkehrs auf der Schiene wird aufgehoben. Güter-  
33 und Personenverkehr sind gleichberechtigte Teilnehmer auf der Schiene. Durch den  
34 mehrgleisigen Ausbau der Strecken wird das Überholen der einzelnen Züge  
35 ermöglicht. Güterzüge erhalten analog zu den Personenzügen verbindliche

- 36 Fahrpläne. Güterzüge unterliegen den gleichen Pünktlichkeitsanspruch, wie die  
37 Personenzüge. Bei stark verspäteten Zügen haben Kunden den gleichen  
38 Regressanspruch, wie im Personenverkehr.
- 39 Für den Fall, dass die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG nicht durchgeführt  
40 wird, stellen wir zusätzlich folgende Forderungen auf:
- 41 • Die Kosten für den Transport der Güter sollen nicht höher sein, als die LKW-Maut  
42 für die Strecke zwischen Start- und Zielpunkt. Ebenso soll die Transportzeit  
43 nicht länger als auf der Straße sein.
  - 44 • Der Güterzugfuhrpark soll ausgebaut werden. Lokomotiven, welche im Zuge der  
45 Erweiterung des Fuhrparks angeschafft werden sollen, sollen elektrisch  
46 angetrieben werden, bei durchschnittlicher Last eine Höchstgeschwindigkeit von  
47 160 km/h erreichen und autonom, wie auch von Personen geführt fahren können. Die  
48 Güterwagen müssen entsprechend ebenso modernisiert werden. Hierbei ist auf ein  
49 besonders leises Fahrverhalten mit und ohne Ladung zu achten. Auch bestehende  
50 Wagons sollen mit lärmhemmenden Einrichtungen versehen werden. Alle neu  
51 angeschafften Wagons sollen für eine Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h  
52 zugelassen werden.

## Antrag SA15: Chancengerechtigkeit vom Ursprung denken – Frühkindliche Betreuung

Antragsteller*in:	Arwed Zill (KV Chemnitz)
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Präambel: Wir als Liberale sind überzeugt davon, dass jeder und jede die Chance haben
- 2 sollte, das beste aus ihrem Leben zu machen. Wir kämpfen für das Aufstiegsversprechen
- 3 der sozialen Marktwirtschaft und für weltbeste Bildung, doch Chancengerechtigkeit
- 4 beginnt schon vor der Schule. Auch wenn vermeintlich gleiche Chancen schon aufgrund
- 5 genetisch unterschiedlichem Material immer nur eine Illusion bleiben, sollten wir
- 6 alles Tun möglichst nah an sie heranzukommen. Dafür ist es notwendig den Widerspruch
- 7 zwischen wissenschaftlich guter frühkindlicher Betreuung und der Realität in
- 8 deutschen Kindertageseinrichtungen aufzulösen.
- 9 Forderung:
- 10 • Erhöhung der Basiselterngeldmonate auf 24, verbunden mit zusätzlichen 12 Monaten
- 11 Elterngeld Plus
- 12 • 100%-igen Nettogehalt Ausgleich im Basiselterngeld bis zu einem neuen maximalen
- 13 Satz von 2 500€ und einer jährlichen Inflationsangleichung
- 14 • Schaffung von staatlichen Beratungsstellen zur frühkindlichen Betreuung und
- 15 einer Bonuszahlung beim erstmaligem Besuch
- 16 • staatliche Unterstützung für Eltern mit kleinen Kindern in Form einer
- 17 Bezuschussung von Haushaltshilfen und Finanzierung von Familienhilfe
- 18 • Etablieren einer Fachkraft-Kind-Relation von 1:3 für Kinder unter drei Jahren,
- 19 durch einen Plan zur Absenkung des Personalschlüssels, und eine maximale
- 20 Gruppengröße von acht Kindern
- 21 • Schaffung der Rahmenbedingungen für eine verpflichtende Eingewöhnungsphase und
- 22 Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Kinder in Form der Verhinderung von
- 23 Betreuerwechsel
- 24 • Sicherstellung und Ausbau von Fort- und Weiterbildungen und regelmäßige
- 25 Gruppensupervision bzw. ggf. Einzelsupervision für die pädagogischen Fachkräfte
- 26 • Ausbau der Studienplätze für Frühpädagogik
- 27 • Bezahlung der Frühpädagogik Studierenden vergleichbar mit A11 der sächsischen
- 28 Beamtenbesoldung
- 29 • Zusicherung von Verwaltungszeiten für Kita-Leitungen

## Antrag SA16: Kein Geld für Freunde und Kultur!? -Förderung für bedürftige Kinder in der Freizeitgestaltung

Antragsteller*in:	Tim Suttner (KV Chemnitz), Arwed Zill (KV Chemnitz)
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

1 Vorwort:

2 Wenn der Zugang zu Sport und Kultur nur Kindern aus finanziell starken Haushalten  
3 ermöglicht wird, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Gesellschaft in  
4 Gefahr. Ebenso wird das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft nur  
5 mangelhaft eingelöst. Um diesen Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, finden wir es nur  
6 gerecht, dass der Geldbeutel der Eltern nicht über die Möglichkeiten zur  
7 Freizeitgestaltung der Jüngsten unserer Gesellschaft bestimmt.

8 Niemand kann für den Haushalt, in welchen er oder sie hineingeboren wird. Es ist  
9 daher unsere Pflicht, die Startbedingungen für alle möglichst gut zu gewährleisten.  
10 Jedes Kind hat seine eigenen Träume und Vorstellungen für die eigene Zukunft. Kinder  
11 haben die unglaubliche Fähigkeit, manchmal natürlich naiv, die Chance zu sehen und  
12 Dinge auszuprobieren. Problematisch wird es dann, wenn ein Kind bspw. Ein Sport  
13 ausüben möchte und der Mitgliedsbeitrag den Finanzrahmen der Eltern übersteigt. Diese  
14 Förderung stellt in keinem Fall einen Anreiz zum nicht arbeiten dar bzw. richtet sich  
15 gegen das Leistungsprinzip unserer Gesellschaft, im Gegenteil. Kinder aus  
16 wirtschaftlich schwachen Familien bekommen so die Chance, sich aktiv in das  
17 gesellschaftliche Leben einzubringen. Es ist außerdem eine Chance, den  
18 Nachwuchsmangel in den Vereinen zu bekämpfen und unsere Vereine nachhaltig zu  
19 stärken.

20 Es ist wichtig für Kinder Freizeitaktivitäten zu bestreiten, um soziales Miteinander  
21 in Vereinen zu praktizieren, um Teamgeist, Leistungsbereitschaft und Ehrgeiz zu  
22 entwickeln und um ihre geistige und körperliche Fitness zu stärken. Es ist untragbar,  
23 dass der Zukunft unserer Gesellschaft aktuell nur 15 € pro Monat für kulturelle  
24 Angebote zur Verfügung gestellt werden.

25 Es ist unser Auftrag als Liberale diesen Kindern eine Stimme zu geben. Wir müssen  
26 ihnen unverzüglich diese Chancen- und Generationengerechtigkeit nicht nur ankündigen,  
27 sondern umsetzen.

28 Umsetzung:

29 Um dieses Ziel umzusetzen, fordern wir die Änderungen des Sozialgesetzbuches zweites  
30 Buch § 28 Abs. 7 in Bezug auf eine Anhebung der maximalen Unterstützung von 15 € auf  
31 45 €. Ebenso müssen wir die Möglichkeit schaffen, dass eine Übernahme des Beitrages  
32 auch über einen Antrag der Vereine, Musikschulen o.ä. erfolgen kann. Das hätte den  
33 Vorteil, dass auch Kinder aus sozial schwierigen Familien elternunabhängig

34 unterstützt werden können.

## **Antrag SA17: Streichung des Beschlusses: „Einführung der Schulpflicht ab dem 5. Lebensjahr (33. JuliA-Landeskongress)“**

<b>Antragsteller*in:</b>	Arwed Zill (KV Chemnitz), Nick Walter (KV Leipzig)
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Einleitung: Was zwar einst sicher mit einer sinnvollen Intention gedacht wurde, ist
- 2 aus heutiger Sicht nicht mehr zeitgemäß. Einige Forderungen sind schon anderweitig in
- 3 der Beschlusslage vorhanden und andere unserer Auffassung nach nicht mit einer
- 4 Liberalen Vorstellung des Aufstiegsversprechens vereinbar.
- 5 Forderung: Deshalb fordern wir die Streichung des Beschlusses: „Einführung der
- 6 Schulpflicht ab dem 5. Lebensjahr (33. JuliA-Landeskongress)“



## Antrag SA18: Plastikstrohhalm zurück oder EU-Austritt!

Antragsteller*in:	Max Wendling (KV Dresden)
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Seit Juli 2021 sind Einwegkunststoff-Produkte verboten, wie Wattestäbchen,
- 2 Plastikteller, Plastikbesteck oder auch Styropor-Becher.
- 3 Dies macht bei diesen Produkten auch Sinn, da es gute Alternativen aus Pappe oder
- 4 Holz gibt.
- 5 Bei Plastikstrohhalmern welche seit dem ebenfalls Verboten sind fehlen diese jedoch.
- 6 Egal ob beim trinken eines Slushis oder Milchshakes, Pappstrohhalm funktionieren
- 7 nicht.
- 8 Nach wenigen Minuten weichen diese auf und werden pappig.
- 9 Das ist nicht nur ekelig sondern der Strohhalm verliert dadurch auch seine Funktion.
- 10 Nun kann man Müllberge erzeugen indem man mehrere Pappstrohhalm nacheinander
- 11 verwendet aber dies kann nicht Sinn und Zweck sein.
- 12 Teure Alternativen aus Glas oder Metall sind z.B. im To-Go-Bereich ebenfalls nicht
- 13 möglich.
- 14 Selbst in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen wo Menschen auf diese angewiesen
- 15 sind, ist der Plastikstrohhalm verboten.
- 16 Wo es gute Alternativen gibt, ist das Einwegkunststoff-Produkt-Verbot richtig.
- 17 Was den Plastikstrohhalm angeht muss die Politik jedoch handeln und Fehler in der
- 18 Gesetzgebung korrigieren.
- 19 Die Bevormundung der Bürger durch die Bürokraten in Brüssel ist hier einmal mehr zu
- 20 weit gegangen.
- 21 Deshalb sagen wir Junge Liberale Plastikstrohhalm zurück oder EU-Austritt!
- 22 Realpolitik für die Menschen statt Blinde Ideologie.

## Antrag SA19: Die Zivilgesellschaft muss unabhängig und frei bleiben

Antragsteller*in:	Max Winkler (KV Leipzig)
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Die Julia Sachsen lehnt die Einmischung der Regierung, in Form des Entwurfs des
- 2 Demokratiefördergesetz [1] vom 14.12, in die Zivilgesellschaft ab. Eine direkte
- 3 Anteilnahme und Förderung durch die Regierung verbittet sich und sollte höchstens
- 4 indirekt durch die gewählten Parteien und deren Stiftungen erfolgen. Parallel dazu
- 5 steht die Vereinsarbeit.
- 6 Die Grundlegende Idee von "Zivilgesellschaft", die dem "Demokratiefördergesetz"
- 7 zugrunde liegt, widerspricht unserer Auffassung einer freiheitlichen und unabhängigen
- 8 Zivilgesellschaft (oder auch bürgerliche Gesellschaft).
- 9 Die Ausführung des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
- 10 Entwicklung kommt dieser Vorstellung recht nahe [2]. So heißt es, "Die
- 11 Zivilgesellschaft umfasst die Gesamtheit des Engagements der Bürger eines Landes
- 12 [...]. Dazu gehören alle Aktivitäten, die nicht profitorientiert und nicht abhängig
- 13 von parteipolitischen Interessen sind. Verschiedene Politikwissenschaftler
- 14 beschreiben die Zivilgesellschaft als Komponente, die neben dem Staat und den Kräften
- 15 des Marktes notwendig ist...".
- 16 Hier fallen zwei entscheidende Punkte auf. Zum einen ist die Zivilgesellschaft nicht
- 17 abhängig von parteipolitischen Interessen und zum anderen soll sie eine Kraft "neben"
- 18 dem Staat sein, also unabhängig von ebendiesem.
- 19 Dagegen stehen die Einschätzungen der Verantwortlichen dieses Gesetzesentwurfs, Lisa
- 20 Paus und Nancy Faeser.
- 21 Ein Ziel dieser Initiative ist, dass "... der Bund sowohl zivilgesellschaftliche
- 22 Maßnahmen fördern als auch eigene Maßnahmen durchführen können" soll. Dadurch, so
- 23 Faeser, "stärken [wir] unsere Demokratie von innen heraus". Weiter spricht sie davon,
- 24 dass "Bürger, die gerade in Zeiten der Pandemie begonnen haben, an der Demokratie zu
- 25 zweifeln", wieder für die Demokratie gewonnen werden sollen. Nun ist die "Demokratie"
- 26 aber kein einmaliges Objekt, sondern ein in der Welt verschiedenartig ausgestalteter
- 27 Weg der kollektiven Entscheidungsfindung. Entsprechend ergibt ihre Formulierung erst
- 28 Sinn, wenn man Demokratie mit Regierung ersetzt.
- 29 Das Ziel ist also die Schaffung einer "zivilgesellschaftlichen" Wagenburg um die
- 30 Regierung herum, zur Abwehr von Kritik. Man kann sich dann auf die zuvor selektierten
- 31 Teile der "Zivilgesellschaft" berufen, die den Regierungskurs unterstützen,
- 32 schließlich werden sie von ihr bezahlt. Währenddessen wird vom inneren der Wagenburg
- 33 heraus Propaganda verbreitet, um eine Illusion des Konsens im Volk zu kreieren. Dies
- 34 verstößt klar gegen die Vorstellung, dass die Zivilgesellschaft neben dem Staat

35 existiert und nicht Teil dessen ist.

36 Die Art und Weise wie mit vermeintlichen Missständen umzugehen ist, ist unserer  
37 Ansicht nach, durch Transparenz, Verantwortung und einer Politik die dem Bürger  
38 dient. Propaganda kann Unfrieden nur kurzzeitig überdecken und Identifikation schafft  
39 sie langfristig schon gar nicht, das geht nur indem die Bürger merken, dass die  
40 Staatsform ihnen dienlich ist, indem ihr Leben einfacher, besser und freier wird.

41 Weiter wird von einer "demokratischen Zivilgesellschaft" gesprochen. Demokratisch  
42 referenziert hier eine spezifische Untergruppe der bürgerlichen Gesellschaft, ähnlich  
43 wie "demokratische Parteien" als Abgrenzung zur AfD genutzt wird. Gesetzt dem, dass  
44 man die Förderung gutheißen würde, was die Julia Sachsen nicht tut, kann aufgrund  
45 dieser Formulierung nicht von einer neutralen Mittelvergabe ausgegangen werden. Die  
46 Vergabe mag objektiv nach bestimmten Kriterien geschehen, diese werden aber so  
47 gestaltet sein, das damit Teile der Zivilgesellschaft im oben definierten Sinne  
48 ausgeschlossen werden.

49 Die Nutzung von "demokratisch" fungiert hier als Umschreibung einer Gesinnung, welche  
50 den Werten der Verfasser dieses Entwurfs entspricht. Im Entwurf wird von  
51 verschiedenen Bereichen gesprochen, die je nach eigener Vorstellung unterschiedlich  
52 interpretiert werden können:

- 53 • Demokratieförderung: finanzielle Absicherung durch den Staat (Regierung) nach  
54 seinen Vorstellungen vs freiwillig durch den Bürger ohne Gewinnerzielungsabsicht  
55 (Job vs Ehrenamt)
- 56 • Vielfaltgestaltung: ethnische/kulturelle Vielfalt vs Meinungspluralismus ("Uncle  
57 Sams" vs Meinungsfreiheit)
- 58 • politische Bildung: ebenso starker Fokus auf die Gräuel des Kommunismus wie des  
59 Faschismus vs so lassen wie es ist

60 Die List hinter der Formulierung "demokratisch" ist die, dass jeder etwas eigenes  
61 dafür einsetzt, was er gut findet und somit das Anliegen als unterstützenswert  
62 erachtet, ohne das einem auffällt, dass andere dies eventuell anders meinen.  
63 Durch diesen Interpretationsspielraum obliegt es nun der jeweils die Fördergelder  
64 verteilenden Regierung diese Worthülsen so zu füllen wie es ihr beliebt. Dem  
65 Missbrauch sind damit Tür und Tor geöffnet.

66 Wie so etwas konkret aussieht kann man der (anti-)feministischen Meldestelle der  
67 Amadeu Antonio Stiftung sehen, bei der es deutliche parallelen zu der, zu recht  
68 kritisierten, Meldestelle für linke Lehrer der AfD gibt. Die staatlichen Zuwendungen  
69 die die Amadeu Antonio Stiftung heute schon genießt erheben diese Meldestelle von  
70 einer Instanz der sog. "Cancel Culture" zu einer Instanz der Kulturrevolution.

71 Die Mittelvergabe durch die Regierung erzeugt einen Lysenkonischen Filter, der nicht  
72 wie in dem Entwurf beschrieben die Zivilgesellschaft mit neuem Leben füllt, sondern  
73 ihre breite verwelken lässt und der übrige Rest ideologisch regierungskonform wird.  
74 Ein Unabhängigkeit von parteipolitischen Interessen ist durch den Entwurf nicht mehr  
75 gegeben und damit ist der Entwurf abzulehnen. Von einer Zivilgesellschaft kann man  
76 dann nicht mehr sprechen.

77 Eine solche Instrumentalisierung der Zivilgesellschaft gab es bereits in der  
78 Vergangenheit der BRD, als nicht "rechts" die größte Bedrohung war, sondern die RAF.  
79 Die Dokumentation "Sympathisanten - Unser Deutscher Herbst" zeigt dabei auf wie durch  
80 staatliche Propaganda, an der sich die Medien eifrig beteiligt haben, alle in  
81 irgendeiner Form der RAF nahe stehenden als "Sympathisanten" und als "Reservistenheer  
82 des Terrorismus" gebrandmarkt und somit mitverantwortlich für Bomben, Morde und  
83 Gewalttaten der RAF gemacht wurden. Selbiges erleben wir heute immer noch, wenn  
84 Friedrich Merz als Brandstifter bezeichnet wird. In der Dokumentation kommen jedoch  
85 auch politisch Verantwortliche der damaligen Zeit zu Wort, von denen die meisten nun  
86 im nach hinein der Meinung sind, dass die Rhetorik von damals keinerlei Beitrag zur  
87 Lösung des Problems geleistet hat. Fehler passieren, aber man sollte sie nicht  
88 wiederholen.

89 Stattdessen schlagen die Julis vor, bei Steuerklärungen ehrenamtliches Engagement  
90 geltend machen zu können um so, wie durch den Entwurf gewollt, für mehr Bürger  
91 finanzielle Anreize zu schaffen sich ehrenamtlich einzubringen und so die  
92 gesellschaft von unten zu stärken.

93 [1] [https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/entwurf-fuer-ein-](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/entwurf-fuer-ein-demokratiefoerdergesetz-beschlossen-207614)  
94 [demokratiefoerdergesetz-beschlossen-207614](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/entwurf-fuer-ein-demokratiefoerdergesetz-beschlossen-207614)

95 [2]

96 [https://web.archive.org/web/20220307220057/https://www.bmz.de/de/service/lexikon/zivi-](https://web.archive.org/web/20220307220057/https://www.bmz.de/de/service/lexikon/zivilgesellschaft-14976)  
97 [lgesellschaft-14976](https://web.archive.org/web/20220307220057/https://www.bmz.de/de/service/lexikon/zivilgesellschaft-14976)

## Antrag SA20: Fair Play - auch in den Gastgeberländern

<b>Antragsteller*in:</b>	Kreisverband Julia Dresden, Sebastian Mitte (KV Dresden), Thomas Gebhardt (KV Dresden)
<b>Antragsblock:</b>	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Sportgroßereignisse, wie Handball- und Eishockey-WMs, Olympia oder FIFA-Turniere
- 2 wurden in den letzten Jahren regelmäßig an Gastgeberländer (wie China, Russland,
- 3 Katar, Belarus oder Saudi-Arabien) vergeben, in denen die Menschenrechte nicht
- 4 gewährleistet sind. Diese Länder und teils korrupten Verbände profitieren von dieser
- 5 Aufmerksamkeit, die durch Übertragungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den damit
- 6 verbundenen Übertragungsgebühren und der Präsenz staatlicher Vertreter (wie
- 7 Bundesinnenminister oder Bundeskanzler) noch weiter verstärkt werden.
- 8 Da wir uns für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einsetzen fordern wir:
- 9 • den Erwerb der Übertragungsrechte für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten an
- 10 die Einhaltung von Menschenrechts- und Rechtsstaatlichkeits-Kriterien zu binden.
- 11 • keine staatlichen Repräsentanten zu Sportgroßereignissen in Länder zu entsenden,
- 12 in denen diese Kriterien nicht eingehalten werden.
- 13 • die Abschaffung von Sondergesetzen zugunsten der Verbände (wie beispielsweise
- 14 dem OlympSchG).

## Antrag SA21: 1 m<sup>2</sup> Kultur - Räume für die Zivilgesellschaft

Antragsteller*in:	Kreisverband Julia Dresden, Ferdinand Rath (KV Dresden)
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Gemeinnützige Vereine bilden das Rückgrat einer lebendigen Gesellschaft und einer
- 2 funktionierenden Demokratie. Bürgerliches Engagement bereichert das kulturelle Leben
- 3 in den Kommunen, sorgt für kulturelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen und
- 4 bietet Orte des demokratischen Miteinanders und der künstlerischen
- 5 Selbstverwirklichung. Dies bedarf jedoch Begegnungsstätten.
- 6 Kulturvereine wie Chöre, Orchester, Theatergruppen usw., insbesondere relativ junge,
- 7 haben vermehrt Probleme, bezahlbare und geeignete Räume für Proben und Konzerte zu
- 8 finden; sowohl im ländlichen Raum als auch in Städten - entsprechende Räume müssen,
- 9 nicht erst seit Corona, eine entsprechende Größe und Akustik aufweisen, sowie über
- 10 eine entsprechend zentrale Lage bzw. Anbindung verfügen, idealerweise entsprechende
- 11 Medienanschlüsse (öffentliches WLAN) haben, und sich gleichzeitig preislich im Budget
- 12 gemeinnütziger Organisationen befinden.
- 13 Weiterhin denken wir Liberale, dass die Unterhaltung von Immobilien durch den Staat
- 14 (z.B. Schulen, Rathäuser, Verwaltungsgebäude, Schlösser, Gerichte) immer daran
- 15 ausgerichtet sein muss, den maximalen gesellschaftlichen Nutzen aus diesen zu ziehen
- 16 - und nicht auf einen einzelnen Zweck eingeengt zu betreiben. Die relativ freie
- 17 Nutzung durch Akteure der Zivilgesellschaft muss grundsätzlich ermöglicht und
- 18 befördert werden.
- 19 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert daher:
  - 20 • Die sächsischen Kommunen sollen aktiv auf eine Vergrößerung des Angebots an
  - 21 Proben- und Auftrittsräumen für künstlerische Vereine hinwirken. Insbesondere
  - 22 soll dies auch durch eine verbesserte Auslastung bestehenden kommunalen
  - 23 Eigentums geschehen. Dafür sollen nach Möglichkeit flächendeckend
  - 24 Vermittlungssysteme bei den Kommunen eingeführt werden, die (analog zur
  - 25 mancherorts vorhandenen Vermittlung kommunaler Sporthallen an Sportvereine) das
  - 26 Vorhandensein von geeigneten Räumen (z.B. Aulen/Festsäle, Theaterräume,
  - 27 Unterrichtsräume, Speisesäle, Verhandlungssäle) in bestehenden kommunalen
  - 28 Gebäuden prüfen und jene Zeitslots, an denen sich die Räume nicht durch den
  - 29 Primärnutzenden in Verwendung befinden, direkt an nachfragende Vereine und
  - 30 künstlerische Gruppen vermarkten und vergeben. Individuelle Vereinbarungen des
  - 31 Primärnutzenden mit Chören und anderen künstlerischen Vereinen sollen stets
  - 32 Vorrang haben. Durch das Vermittlungssystem soll eine Vollnutzung angestrebt
  - 33 werden. Zugang zur bestehenden Infrastruktur der Gebäude (insbesondere Strom,
  - 34 Internet) für die Externen ist standardmäßig zu gewährleisten. Das nutzerseitige
  - 35 Interface des Vermittlungssystems ist vordigital als self-service-Lösung

- 36 auszulegen, und muss sowohl regelmäßige/langfristige, als auch sehr  
37 kurzfristige/just-in-time-Raumbuchungen unterstützen. Nach Möglichkeit sollen  
38 Gebäude des Kreises oder Landes in das Vermittlungssystem eingeschlossen werden  
39 können.
- 40 • Weiterhin sollen die Kommunen bei der Planung neuer Gebäude und Renovierungen  
41 auf die Nachfrage nach großen Räumen durch die genannten Nutzengruppen  
42 Rücksicht nehmen und diese generell auf Mehrfachnutzung auslegen, oder gezielt  
43 Immobilien für den kulturellen Vereinsbetrieb unterhalten, wo dies nötig ist.
- 44 Ebenso halten wir es für sinnvoll, wenn die kommunalen Vermittlungssysteme bei akuten  
45 Kapazitätsengpässen oder zur Kostenreduktion geeignete kommerzielle Objekte anmieten  
46 und zeitslotweise Vereinen zur Verfügung stellen.

## Antrag SA22: Studier' doch, wie du willst - kostengerechte Bepreisung statt Fristenregelungen

Antragsteller*in:	Kreisverband Julia Dresden, Ferdinand Rath (KV Dresden)
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Die Freiheit, zu studieren, bedeutet für uns unter anderem, dies im eigenen Tempo und
- 2 den eigenen Lebensumständen entsprechend tun zu können, um den eigenen idealistischen
- 3 Wünschen und Träumen zu entsprechen.
- 4 Im Falle des Erststudiums betrachten wir es als richtig und sinnvoll, dass der Staat
- 5 den Bürgern unabhängig vom Hintergrund diese Möglichkeit finanziert bzw. "kostenlos"
- 6 einräumt, um Selbstverwirklichung zu schaffen und gleichzeitig den Weg zu einer den
- 7 eigenen Fähigkeiten entsprechenden Qualifikation für alle Bürger frei zu machen. Dass
- 8 bei diesem staatsfinanzierten Erststudium ein Effizienzgedanke bzgl. Studienzeiten
- 9 und Prüfungsversuchen eingehalten werden sollte, ist aus einer tatsächlichen
- 10 Kostenperspektive der Veranstaltungen und Prüfungen verständlich und notwendig.
- 11 Insofern begreifen wir das staatsfinanzierte Erststudium mit begrenzter Zahl an
- 12 Prüfungsversuchen und begrenzter Studienzeit lediglich als ein rationelles Basispaket
- 13 des Bildungsdienstleisters Hochschule.
- 14 Auf der anderen Seite bedeutet es eine Freiheitseinschränkung, wenn aktuell Prüfungen
- 15 "endgültig nicht bestanden" werden können, oder die Abschlussprüfung nach Überziehung
- 16 der Regelstudienzeit um eine bestimmte Zahl Semester automatisch als nicht bestanden
- 17 gilt - und Bürger damit daran gehindert werden, weiter eine Leistung der Hochschule
- 18 in Anspruch zu nehmen; oder im Härtefall durch Nichtbestehen einzelner Prüfungen der
- 19 Abschluss des gesamten Studiums verhindert wird, sowie wenn vergangene
- 20 Studienaktivitäten an anderen Hochschulen einen Einfluss auf das aktuelle Studium
- 21 haben.
- 22 Wir denken daher, dass Bürger auch abseits der Basisleistung des Staates bei eigener
- 23 Übernahme der verursachten Kosten zeitlich und anzahlmäßig unbeschränkter Zugang zu
- 24 Hochschulen haben sollten.
- 25 • Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert daher die Streichung jeglicher
- 26 Regelungen im SächsHSFG, die die Studienzeit begrenzen - insbesondere §35 Abs.
- 27 4, §18 Abs. 2 Nr. 5-7, §21 Abs. 2 Nr 7.
- 28 • Regelungen zur Langzeitstudiengebühr begrüßen wir ausdrücklich; diese ist
- 29 weiterhin im für die Zahl an SWS der zu besuchenden Lehrveranstaltungen
- 30 realistischen Umfang zu erheben und von der Höhe her mit der Zweitstudiengebühr
- 31 zusammenzulegen.
- 32 • Weiterhin fordern wir, dass Prüfungen künftig nicht mehr endgültig nicht
- 33 bestanden werden dürfen; stattdessen ist je Zusatzversuch eine Prüfungsgebühr zu



- 34 erheben, die nach Art der Prüfung die tatsächlichen Kosten der Durchführung der  
35 Prüfung approximiert.
- 36 • Es soll in Zukunft ermöglicht werden, dass auch Gasthörer\*innen gegen Zahlung der  
37 Prüfungsgebühr jegliche Prüfungsleistung ablegen können.
- 38 • Wir fordern letztens die Anpassung der Studien- und Prüfungsordnungen aller  
39 Studiengänge sachsenweit gemäß der o.g. Punkte.

## Antrag SA23: Unsere Antwort auf das soziale Pflichtjahr

Antragsteller*in:	Kreisverband Julia Dresden, Eddie Friedrich (KV Dresden)
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Nach der Schulzeit haben Schülerinnen und Schüler vielfältige Möglichkeiten, wozu zum
- 2 Beispiel das Studium, die Lehre oder einer der vielen Freiwilligendienste gehören. Zu
- 3 diesen Freiwilligendiensten zählen zum Beispiel das freiwillige soziale Jahr und der
- 4 Bundesfreiwilligendienst.
- 5 Jeder der an diesen Freiwilligendiensten beteiligt ist, leistet großes für unsere
- 6 Gesellschaft. Die Teilnehmenden werden in der Regel mit einem Taschengeld bezahlt,
- 7 wobei eine gesetzliche Obergrenze für die Bezahlung gilt. Im Prinzip müssen sich also
- 8 die Teilnehmenden zu dieser Zeit den Großteil aus eigener Tasche bezahlen. Jedoch
- 9 bzw. gerade deshalb entscheiden sich die meisten nicht dazu einen Freiwilligendienst
- 10 zu machen.
- 11 Dieser Zustand ist unhaltbar. Unsere Position dazu ist, dass man keinen Menschen dazu
- 12 zwingen kann ein Jahr für die Gesellschaft etwas zu machen, stattdessen sollte man
- 13 Anreize setzen, damit sich mehr Schülerinnen und Schüler nach der Schule so
- 14 entscheiden.
- 15 Daher fordern wir:
  - 16 1. ein bundesweites Maßnahmenprogramm, um das freiwillige soziale Jahr und den
  - 17 Bundesfreiwilligendienst attraktiver für junge Menschen zu gestalten. Alle Menschen,
  - 18 die einen oben genannten Freiwilligendienst leisten, sollen
  - 19 1. eine kostenlose Nutzung des bundesweiten Nahverkehrs erhalten.
  - 20 2. ein Gutschein für ein Interrail-Ticket mit einer Gültigkeitsdauer für zwei
  - 21 Monate im Anschluss an die freiwillige Tätigkeit erhalten.
  - 22 3. einen ortsabhängigen monatlichen Zuschuss für eine geeignete Wohnunterkunft von
  - 23 mindestens 200 Euro erhalten.

## Antrag SA24: Eine Verhütungsrevolution auch in Deutschland!

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Verhütungsmittel sind sehr wichtig, damit keine ungewollten Schwangerschaften
- 2 zustande kommen und man sich vor sexuell übertragbaren Krankheiten schützt. Aktuell
- 3 ist es in Deutschland so, dass nur rezeptpflichtige Verhütungsmittel und die „Pille
- 4 danach“ für Frauen bis zu 22 Jahren von den Krankenkassen erstattet werden. Außerdem
- 5 bieten auch teilweise weiterführende Schulen Kondome für Schüler an. Darüber hinaus
- 6 sind Verhütungsmittel nicht kostenlos.
- 7 Für uns ist klar, dass dies nicht reicht und wir nicht blind den Status quo
- 8 verteidigen sollten. Unsere Position ist, dass wir jetzt handeln müssen.
- 9 Daher fordern wir, dass die Bundesregierung und die Regierungen der Länder ein
- 10 Maßnahmenpaket zur Prävention und zur Förderung der sexuellen Gesundheit in die Wege
- 11 leitet. Folgende Maßnahmen sollen enthalten sein:
- 12 • Für alle Menschen bis zu 25 Jahren sollen Verhütungsmittel kostenlos und ohne
- 13 Rezept in der Apotheke erhältlich sein.
- 14 • Jede weiterführende Schule soll mit Verhütungsmitteln ausgestattet sein, so dass
- 15 die Schülerinnen und Schüler diese unkompliziert in Anspruch nehmen können.
- 16 • Alle anfallende Kosten soll der Staat tragen.
- 17 • Bei der rezeptfreien Herausgabe von hormonellen Verhütungsmittel soll vorab ein
- 18 einmaliges Beratungsgespräch stattgefunden haben, um eventuelle
- 19 Unverträglichkeiten (Allergien, Unverträglichkeiten mit bereits einnehmenden
- 20 Medikamenten) vorzubeugen. Im Rahmen des zu erarbeitenden Konzeptes sollen
- 21 Varianten aufgeführt werden, wer als Ansprechpartner für dieses
- 22 Beratungsgespräch in Frage käme.

## Antrag SA25: Kompetenz hat nichts mit dem Alter zu tun - Wahlrecht endlich an die Realitäten anpassen!

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Antragsblock:	Sachanträge

Der Landeskongress der Julia Sachsen möge beschließen:

- 1 Aktuell müssen die Kandidatinnen und Kandidaten in Sachsen unter anderem mindestens
- 2 das 18. Lebensjahr erreichen, um zur Ortschaftsrats-, Gemeinderats-,
- 3 Stadtbezirksbeirats-, Stadtrats- und Kreistagswahl zugelassen zu werden. Zudem muss
- 4 man aktuell mindestens 27 Jahre alt sein, um Landrat werden zu können.
- 5 Unsere Position ist, dass diese Altersgrenzen nicht mehr zeitgemäß sind und wir der
- 6 Jugend endlich mehr Möglichkeiten geben sollten politisch zu partizipieren.
- 7 Deswegen fordern wir:
- 8 1. 16-Jährige und 17-Jährige sollen bei Kommunalwahlen als Kandidatinnen oder
- 9 Kandidaten für Ortschafts-, Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Stadtbezirksbeiräte
- 10 antreten können. Zudem sollen sie bei Kommunalwahlen, als Wahlhelfer tätig
- 11 werden können.
- 12 2. Die Altersgrenze, um Landrat werden zu können, soll auf 18 Jahre herabgesetzt
- 13 werden.